

Günter Stephan

---

**Politik im Interesse der Angestellten—  
Die Angestelltenarbeit des DGB**

---

*Günter Stephan, geb. 1922 in Köln, ist Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB. Er ist zuständig für die Abteilungen Angestellte und Werbung.*

Fortschrittliche Angestelltenpolitik heißt heute die „Zauberformel“, mit der um die Sympathie und Bereitschaft eines großen Teils der Arbeitnehmerschaft gerungen wird. Dabei stehen Unternehmen, Interessenverbände und Gewerkschaften in harter Konkurrenz miteinander, wenngleich die Auffassungen über den Inhalt dieser Politik weit auseinandergehen. Diese Konkurrenz ist mehr als verständlich, wenn man bedenkt, daß es die Angestellten sind, die gegenwärtig bereits den zweiten Platz unter den Arbeitnehmern belegen und mit mehr als 10 Millionen ein beachtliches Kräftepotential darstellen. Ständig wächst ihre Zahl sprunghaft weiter, denn Technisierung und Automatisierung der Produktion sowie das rasche Wachstum des Dienstleistungssektors schaffen dafür die Voraussetzungen. Gleichzeitig damit werden im materiellen Bereich die Schranken zwischen Angestellten und Arbeitern immer mehr abgebaut oder zum Teil gänzlich aufgehoben.

Weniger positiv und schnell hat sich hingegen die Entwicklung im Bewußtsein der Angestellten als Arbeitnehmer vollzogen. Hier dominieren mitunter noch

Standesdenken, Vorurteile und Scheu vor Solidarisierungsaktionen mit den Arbeitern. Darauf ist es auch vor allem zurückzuführen, daß gegenwärtig erst rund 20 Prozent aller Angestellten gewerkschaftlich organisiert sind. Eine Tatsache, die schon allein die Frage nach der Notwendigkeit und dem Sinn einer speziellen gewerkschaftlichen Angestelltenpolitik überzeugend beantwortet.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat seit seinem Bestehen die Angestelltenpolitik zu einem Schwerpunkt seiner Arbeit erklärt. Die Ursache dafür ist keineswegs in der Existenz unserer Konkurrenz-Organisation, der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, zu sehen, die beispielsweise weniger als die Hälfte an Mitgliedern als unsere Organisation aufweist, sondern vielmehr in der zunehmenden Bedeutung dieses großen Teils der Arbeitnehmerschaft für die Gewerkschaftspolitik und für die Erreichung einer Gesamtsolidarität zwischen Arbeitern und Angestellten.

Wir wissen, wie weit wir von diesem Ziel noch entfernt sind, wie kompliziert der Prozeß der Überzeugung und Gewinnung für unsere Vorstellungen und Aufgaben ist. Nicht zuletzt deshalb, weil das Prinzip der Einheitsgewerkschaft von vielen Angestellten als Gleichschaltung mit dem Arbeiter angesehen wird. Gerade aber unser Grundsatz „Ein Betrieb — eine Gewerkschaft“ hat sich als zweckmäßigste und modernste Organisationsform bewährt und uns so stark gemacht, wie wir es heute sind. Wir sehen es — im Gegensatz zu den Angestellten-Standesorganisationen — als eines unserer Hauptanliegen an, den Angestellten ihre Funktion als echte Arbeitnehmer mit allen damit verbunden Rechten und Möglichkeiten, aber der ebenso daraus resultierenden Schutzbedürftigkeit gegenüber der Arbeitgeberseite, deutlich vor Augen zu führen und voll bewußt zu machen.

Erst diese Erkenntnis bildet die Basis für alle weiteren Schritte. Der Einklang von gesellschaftlichem Bewußtsein und wirtschaftlicher und sozialer Lage ist eine Bedingung, ohne die fortschrittliche Angestelltenpolitik heute nicht mehr zu verwirklichen ist.

Wo es nicht gelingt, diese Übereinstimmung zu erreichen, Einsichten und Überzeugungen zu vermitteln, gibt es Rückschläge, Schwierigkeiten und zeitweilige Stagnation. Die letzten Ereignisse in der Angestelltenarbeit sprechen dafür eine anschauliche Sprache. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang vor allem an die Diskussion um die Stellung der leitenden Angestellten im Mitbestimmungsmodell, an unsere Verhandlungen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft zur Klärung von Grundsatzfragen zwischen beiden Organisationen und an den für uns keineswegs erfreulichen Ausgang der Sozialwahlen.

Vor allem das Ergebnis der Sozialwahlen hat deutlich gemacht, wie unerlässlich es ist, die eigenen Positionen ständig zu überprüfen, neu zu durchdenken und auf weitere Fortschritte und Verbesserungen hinzuarbeiten. Es hat gezeigt, auch wenn eine gründliche Analyse der Ursachen noch aussteht, daß wir es uns nicht

leisten können, die Angestelltenpolitik nur als eine Ressortangelegenheit der Angestelltenabteilungen in unseren Gewerkschaften zu betrachten. Erfolgreich können und werden wir nur sein, wenn sich dafür jede unserer Gewerkschaften voll verantwortlich fühlt und engagiert.

Das ist um so notwendiger, als das Nebeneinander mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft auch für die nächste Zeit Realität bleiben wird. Die Spitzengespräche haben dokumentiert, daß es neben viel Gemeinsamem noch ebensoviel Trennendes gibt. Insbesondere in Fragen der Organisationsstruktur hat sich unser Bemühen, über Teilschritte, wie zum Beispiel die Bildung einer Dienstleistungs-Gewerkschaft, zu Zwischenergebnissen zu kommen, als vergeblich erwiesen. Der Konkurrenzkampf um die noch nicht organisierten Angestellten und um das bessere Organisationsmodell dauert also weiter an.

Vor allem der ständige Versuch, die Angestellten nach dem Prinzip des „Teile und Herrsche“ von der Arbeitgeberseite her zu beeinflussen, wird uns die Lösung dieser Aufgabe kaum erleichtern. Die heftige Diskussion um die Stellung der leitenden Angestellten in der Mitbestimmung hat das anschaulich unterstrichen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund setzt sich dafür ein, daß alle Angestellten, auch die sogenannten „leitenden“ Angestellten, in die Betriebsverfassung einbezogen werden. Das Urteil des Bundesarbeitsgerichts von Kassel hat eindeutig bestätigt, daß es nur ein verschwindend kleiner Kreis von leitenden Angestellten ist, der tatsächlich keine Arbeitnehmerfunktion besitzt.

In diesem Sinne nehmen inzwischen auch die Gewerkschaften auf europäischer Ebene eine gemeinsame Haltung ein, indem sie innerhalb der FIET (Internationaler Bund der Privatangestellten) eine vom Deutschen Gewerkschaftsbund vorgelegte EntschlieÙung über die „Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Interessenvertretung der Angestellten in Leitungs-, Stabs- und wissenschaftlichen Funktionen“ einstimmig billigten.

Alle diese Probleme, die innerhalb der Angestelltenarbeit auf eine kurz- oder langfristige Lösung drängen, unterstreichen, wie vielschichtig, differenziert und kompliziert fortschrittliche Angestelltenpolitik heute nur realisierbar ist. Davon müssen wir bei allen unseren Programmen und Maßnahmen ausgehen, wenn wir im Wettbewerb mit unseren Konkurrenten nicht den kürzeren ziehen wollen.

Der Bundesangestelltentag des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Oktober dieses Jahres in Braunschweig wird in der Angestelltenpolitik neue Akzente setzen. Schon heute läßt sich jedoch sagen, daß sie darauf ausgerichtet sein werden, unsere Position als vertrauensvoller Partner und Interessenvertreter der Angestellten weiter auszubauen und zu festigen.